

Die Organisation Amerikanischer Staaten im Wandel

Teil 1: Ihre Vorgeschichte und Gründung

TEXT: MARIA UND JÜRGEN MENNER



Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wurde 1948 in Bogotá gegründet und ist die älteste Regionalorganisation im Sinne des Kapitels VIII der Charta der Vereinten Nationen. Sie befindet sich damit in Gesellschaft mit anderen mehr oder weniger bekannten Staatenvereinigungen, wie der OSZE in Europa oder der Afrikanischen Union in Afrika. Obwohl die festgeschriebene Aufgabe der OAS in erster Linie die Wahrung von Frieden und Sicherheit auf dem amerikanischen Doppelkontinent und damit die Entlastung der großen Weltorganisation ist, wurde sie eigentlich aus anderen Gründen geboren. Hierzu muss man lange in der lateinameri-

kanischen Geschichte zurückschauen. Die Wurzeln der OAS gehen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Sie vereinte in sich ursprünglich die Konkurrenz der lateinamerikanischen Integrationsbewegung mit dem panamerikanischen Wunsch nach einem geeinten Kontinent von Alaska bis Feuerland. Die großen Hoffnungen, die an sie gerichtet waren, konnte sie jedoch nicht erfüllen. Weder konnte sie während der langen Jahrzehnte der Konflikte in Lateinamerika eine regelnde Rolle spielen, noch vermochte sie, die schwierige Nachbarschaft mit unterschiedlichen Interessen zwischen den USA und Lateinamerika auszugleichen. Sie geriet in Vergessenheit, verkam zur Versorgungsorganisation für ältere Diplomaten und erfuhr zu starke Konkurrenz durch aufkommende subregionale Bündnisse, wie den Andenpakt oder später den Mercosur. Seit dem Ende des kalten Krieges erfährt sie aber vor dem Hintergrund der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen, wie Terrorismus und internationaler Drogenhandel, eine starke Wiederbelebung.

Im ersten Teil des Beitrags soll die Entstehungsgeschichte der OAS beleuchtet werden. Der Wunsch der lateinamerikanischen Staaten nach einem schützenden Bündnis, aber auch die starken

Kräfte, welche die OAS dann nach ihrer Gründung sofort unter Spannung setzten und letztendlich handlungsunfähig machten, zeichneten sich bereits viel früher ab. In der nächsten Ausgabe der *Tópicos* wird dann das Scheitern der OAS während des Kalten Krieges dargestellt. Aber auch der hoffnungsvolle Reformprozess, den sich die OAS seit 1990 relativ unbeobachtet von der Öffentlichkeit unterwirft, soll vorgestellt werden.

Grundsätzlich verbindet die iberischen Länder des lateinamerikanischen Kontinents die gemeinsame Kolonialgeschichte unter den Kolonialherren Spanien und Portugal. Nach den Unabhängigkeitskriegen in fast allen lateinamerikanischen Ländern im Verlaufe des 19. Jahrhunderts kamen Bestrebungen auf, die unabhängig gewordenen Staaten stärker aneinander zu binden. Auf Initiative von Simon Bolívar kam es 1823 ohne Beteiligung der USA zur Konferenz von Panama als der ersten dieser Art. Ihr folgte 1847 die Konferenz von Lima. Wenngleich es nicht zu ratifizierten Verträgen kam, wurden jedoch bereits Prinzipien wie das der kollektiven Sicherheit besprochen, die später zu Eckpfeilern des Interamerikanischen Systems wurden. Erste schwache Verteidigungsbündnisse wurden 1856 zwischen Guatemala, Costa Rica, Mexiko, Peru, Brasilien und Neu Granada sowie 1864 zwischen Peru, Kolumbien, Chile, Argentinien, Venezuela, Bolivien und Ecuador geschlossen. Die lateinamerikanischen Integrationsbestrebungen blieben jedoch aufgrund der aufkommenden Interessensgegensätze der einzelnen Staaten stecken. Auswirkungen hatten sie aber bis ins 20. Jahrhundert, da sich wichtige Grundsätze, v. a. D. der der Nicht-intervention, für das Interamerikanische System herausbildeten, welche die Lateinamerikaner dann später gegenüber den USA vertraten.

Monroe-Doktrin als Trennungslinie zwischen Amerika und Europa

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts traten die USA zum ersten Mal mit panameri-

ANZEIGE

ADVOGADA Paula Katzenstein

Die Kanzlei bietet Beratung in brasilianischen Rechtsangelegenheiten sowie folgende Dienstleistungen an: Bestätigung ausländischer Scheidungsurteile, Vollmachten, Beschaffung von Legalisierungen und Beglaubigungen von Dokumenten, Visa-beschaffung für Brasilien (z. B. Dauervisum zur Familienzusammenführung), konsularische Dienstleistungen aller Art.

In deutsch-brasilianischen oder deutschen Rechtsangelegenheiten arbeitet die Kanzlei mit den Kanzleien der Rechtsanwältin Angela Faulenbach und Rechtsanwalt Johannes Reinheimer zusammen.

Koblenzer Straße 45 · 53173 Bonn – Bad Godesberg
Tel.: 0228-926 68 40/926 68 41 · Fax: 0228-926 68 42 · Mobil: 0170-483 53 29
E-Mail : P_Katzenstein@hotmail.com



Aufnahme vom III. außerordentlichen OAS-Gipfel in Buenos Aires 1967 mit 21 amerikanischen Staatschefs.

kanischen Ideen auf. Als Antwort auf die Europäer, die während des Wiener Kongresses den Wunsch nach der Rückgängigmachung der Unabhängigkeit Lateinamerikas aussprachen, verband 1823 der damalige US-Präsident Monroe während einer Rede die Unabhängigkeit des gesamten Kontinents mit den Sicherheitsinteressen der USA. Die Europäer sollten sich aus den inneramerikanischen Angelegenheiten heraushalten. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der Inhalt der Rede nachträglich als Monroe-Doktrin bezeichnet. Entgegen späteren Interpretationen kann sie wegen der damaligen beschränkten Mittel der USA, die zu diesem Zeitpunkt noch keinen Großmachtsstatus hatte, nicht als Beginn der Interventionspolitik in Lateinamerika angesehen werden. Vielmehr war sie eher ein politisches Signal an die Europäer und sollte eine Trennungslinie zwischen Europa und dem amerikanischen Doppelkontinent ziehen. Eine durchdachte Strategie gegenüber Lateinamerika bildete sich erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts heraus.

Nach dem amerikanischen Bürgerkrieg wandten sich die USA Lateinamerika konzentrierter zu. Hinter der nun verstärkt beschworenen „Special Relationship“ zwischen Nord- und Lateinamerika verbargen sich aber in erster Linie die wirtschaftlichen Absichten zur Erschließung neuer Märkte für die US-amerikanische Industrie. 1889 kam es auf Initiative des amerikanischen Außenministers Blaines zur „Ersten Internationalen Amerikanischen Konferenz“. Wirtschaftliche Interessen der USA standen hierbei deutlich dem durch die Lateinamerikaner

vertretenen Aspekt der Sicherheit auf dem Kontinent gegenüber. Zum einen wünschte man sich eine Art Schutzgarantie der USA gegen Bedrohungen der europäischen Mächte – siehe die mächtigen britischen Interessen am Rio de la Plata, welche u. a. zum Krieg von Paraguay und zur Ausrottung der paraguayischen Bevölkerung führten. Zum anderen hatte man aber auch unmittelbar Angst vor Einmischung durch die erstarkenden USA in Lateinamerika. Dem Misstrauen der Lateinamerikaner stand die feste Haltung der USA gegenüber, mit der sie Forderungen der Lateinamerikaner abblockte. Unter dem Vorwand, eine politische und wirtschaftliche Kooperation in die Wege leiten zu wollen, machten die USA unverhohlen ihren Anspruch auf eine Vormachtstellung in ganz Amerika geltend. Von da ab muss die Monroe-Doktrin so ausgelegt werden, wie sie es bis heute noch wird, nämlich als Grundlage der USA für ihre Hegemonialstrategie in Lateinamerika. Dennoch gilt die „Ersten Internationalen Amerikanischen Konferenz“, die mit der Gründung der International Union of American Republics endete, als der Beginn des so genannten Interamerikanischen Systems.

US-Interventionen mit dem Big Stick in Lateinamerika

Weitere Konferenzen folgten, bei denen jedoch die Fassade der panamerikanischen Rhetorik den Gegensatz zwischen den rein wirtschaftlichen Interessen der USA und dem lateinamerikanischen Wunsch nach Sicherheit mittels Institutionalisierung eines regionalen Systems nicht verdecken konnte. Nach der Jahr-

hundertwende wurde unter Präsident Roosevelt die US-amerikanische Politik in Lateinamerika aggressiver. Er erweiterte die Monroe-Doktrin um einen Zusatz und hob das angebliche Recht der USA als „internationale Polizeimacht“ hervor, sich in innere Angelegenheiten lateinamerikanischer Staaten zum Wohle Gesamtamerikas einzumischen. Unter dem Namen „Big Stick Policy“ kam es zu zahlreichen Interventionen der USA in Mittelamerika und der Karibik (Kuba 1906 u. 1912, Haiti 1915-34, Honduras 1911/1913 u. 1924/25, Mexiko 1914, Nicaragua 1909 u. 1912-25, Panama 1908/12/18, Dominikanische Republik 1905 u. 1916-24), oftmals hinter dem Vorwand des Schutzes von US-Bürgern in dem betroffenen Staat oder aus Gründen der Sicherheit für die gesamte Hemisphäre. Nicht selten gingen auch starke Wirtschaftskonzerne, wie United Fruit oder Standard Fruit, und die Politik der USA dabei ein Bündnis ein. Unter Präsident Wilson rückten verstärkt nichtdemokratische Regierungen in Lateinamerika ins Fadenkreuz. Das Sendungsbewusstsein Wilsons verbarg auch das Verständnis, das demokratische Regierungen leichter mit den USA kooperieren würden. Angesichts dieser US-Politik waren die lateinamerikanischen Länder immer mehr bestrebt, Interventionen in Lateinamerika völkerrechtlich verbindlich zu ächten. Für sie wurde das Prinzip der Nichtintervention immer mehr zum Eckpfeiler des Interamerikanischen Systems, welchen die USA aber partout nicht anerkennen wollten.

Erst Anfang der Dreißigerjahre nach der Weltwirtschaftskrise zeichnete sich



▷ Die Organisation Amerikanischer Staaten im Wandel

eine Wende ab. Im Zuge der unter „Good Neighbour Policy“ bekannt gewordenen neuen US-amerikanischen Linie wurde ein neuer panamerikanischer Geist der Kooperation beschworen. Dieses Mal blieb es jedoch nicht bei Lippenbekenntnissen, sondern die USA unterließen weitere militärische Interventionen als Mittel der Politik und bauten auch Handelsschranken ab. Während der „7. Interamerikanischen Konferenz“ 1933 in Montevideo stimmten die USA erstmals dem Prinzip der Nichtintervention bei, wenngleich auch mit großzügig bemessenen Spielraum für eine freie Auslegung in ihrem Sinne. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs vertiefte sich die Zusammenarbeit sowohl auf wirtschaftlichen als auch auf militärischen Gebiet. Wichtige Rohstofflieferungen an die USA, der Aufbau von US-Militärstützpunkten in Lateinamerika, der nahezu geschlossene Kriegseintritt der lateinamerikanischen Staaten auf Seiten der USA, einschließlich einem brasilianischen Divisionsäquivalent (Força Expedicionária Brasileira FAB mit 25.000 Soldaten) für die alliierte Invasion 1944 in Italien, ließen ein Netzwerk von Beziehungen entstehen.

Die „Good Neighbour Policy“ unter US-Präsident Franklin D. Roosevelt sowie die gute Zusammenarbeit zwischen den USA und Lateinamerika während des Zweiten Weltkriegs legten die Grundlage für zahlreiche Abkommen und Verträge über wirtschaftliche, kulturelle und politische Kooperation. Ein Meilenstein war hierbei die „Inter American Conference on Problems of War and Peace“ 1945 im Chapultepec-Palast von Mexiko-City. Mit Beendigung des Zweiten Weltkriegs machten sich die Länder Lateinamerikas Hoffnung auf eine Ausdehnung der wirtschaftlichen Kooperation mit den USA. Angesichts des zusammengebrochenen Absatzmarktes in Europa forderte man verstärkte Wirtschaftshilfen im Sinne

eines lateinamerikanischen Marshall-Plans. Die sich aber immer mehr nach Europa orientierenden USA waren zu keinen finanziellen Zugeständnissen bereit. Für sie trat mit dem sich abzeichnenden Ost-West-Gegensatz eher eine von der Weltpolitik bestimmte Sicherheitspolitik als Rahmen für eine Zusammenarbeit mit Lateinamerika langsam in den Vordergrund. Zudem wurde bereits die grundsätzliche Bereitschaft zur Gründung einer regionalen Organisation für den amerikanischen Kontinent übereinstimmend erklärt. Da die USA jedoch global orientiert waren, sahen sie diese Organisation einer Weltorganisation, die Gründung der Vereinten Nationen zeichnete sich bereits ab, nur untergeordnet. Dies widersprach aber den lateinamerikanischen Interessen, die sich wegen des eigenen beschränkten Machtbereichs viel stärker regional ausrichteten. Eine interamerikanische Organisation sollte ihrer Meinung nach eine ernstzunehmende Stellung gegenüber der Weltorganisation haben. Beide Gegensätze ließen sich nicht auflösen und sollten das Verhältnis zwischen Lateinamerika und den USA noch länger bestimmen. Dennoch war die Schlussakte von Chapultepec ein deutlicher Schritt in Richtung eines kollektiven Sicherheitssystems.

1948: Gründung der OAS

1947 wurde auf der Konferenz von Rio der Interamerikanische Beistandspakt (Tratado Interamericano de Asistencia Reciproca – TIAR) unterzeichnet. Der Kalte Krieg zeichnete sich bereits am politischen Horizont ab und ließ auch Lateinamerika nicht unberührt. Ziel der USA war es deshalb, auf dem amerikanischen Kontinent eine Allianz gegen den Kommunismus zu schmieden. Inhaltlich regelt der Vertrag mit weitreichenden Vereinbarungen den gegenseitigen Beistand im Falle eines Angriffs von außen oder durch einen dritten

Mitgliedstaat. Hierbei hatten die USA aber Angriffe von außerhalb des amerikanischen Kontinents vor Augen, während sich der Fokus der Lateinamerikaner eher auf inneramerikanische Kriege richtete. Neben der zwei Jahre später gegründeten NATO sollte der TIAR einen Eckpfeiler der gegen den Kommunismus gerichteten Containment-Politik der USA bilden.

Auf der „9. Interamerikanischen Konferenz“ 1948 in Bogotá erfolgte schließlich die Gründung der OAS. Gleichzeitig wurde auch der Pakt von Bogotá als „Vertrag über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten“ geschlossen. Mit der Schaffung der OAS verbanden Lateinamerika und die USA allerdings unterschiedliche Erwartungen. Neben der Institutionalisierung des Interamerikanischen Systems erhofften sich die Lateinamerikaner einen größeren Einfluss auf die Politik der USA. Die Übermacht der USA sollte durch das in der OAS verankerte Prinzip der Nichtintervention eingeschränkt werden, wobei man trotzdem auf mehr Wirtschaftshilfen aus dem Norden zählte. Das Dilemma, dass man einerseits die Macht der USA in Lateinamerika eindämmen wollte und andererseits wirtschaftlich auf sie angewiesen war, blieb bis heute bestehen. Die USA versprachen sich hingegen von der OAS in erster Linie politische Stabilität auf dem Kontinent. Der Einfluss des Kommunismus auf Lateinamerika sollte ausgeschlossen und der Einfluss der USA in der Region gesichert bleiben. Die Sicherung ihrer regionalen Handelsbeziehungen blieb nach wie vor eine Konstante in der Lateinamerika-Politik der USA. Die OAS hätte für die USA eine Bühne werden sollen, um das politisch durchzusetzen.

Die OAS startete mit vielen Vorschusslorbeeren. Schon bald zeigte sich aber, dass die OAS dem nicht gerecht werden konnte. In der nächsten Tópicos wird die Geschichte der OAS bis zur Gegenwart weitererzählt. ■

ANZEIGE

INSIDER-SIGHTSEEING IN RIO DE JANEIRO

Vielleicht möchten Sie Rio ja zusammen mit dem deutschen Autor von „Richtig Reisen Brasilien“ (DuMont) kennen lernen.

Helmuth Taubald lebt hier seit 14 Jahren und kennt die Stadt wie seine Westentasche. In sechs Stunden führt er Sie in seinem Privatwagen u. a. zu folgenden Sehenswürdigkeiten:

- die berühmten Strände von Copacabana und Ipanema
- der Drachenflieger-Landeplatz von São Conrado
- das „kalifornische“ Viertel Barra
- der Binnensee Rodrigo de Freitas

- Panorama-Blicke von diversen Aussichtspunkten
- Anfahrt zum Zuckerhut und zur Christus-Statue
- Streifzüge durch das Künstlerviertel Santa Teresa
- Besichtigung der schönsten Stellen im Zentrum und der Altstadt

Immer sind auch Geheimtipps dabei, die von normalen Sightseeing-Bussen nicht angesteuert werden.

Natürlich kann man auch Abstecher in die nähere Umgebung machen, abgelegene Traumstrände besuchen (Prainha, Grumari oder Itaipu in Niterói) oder ein

Vergnügungsprogramm am Abend vereinbaren (Samba-Lokale oder Nachtclubs).

Und das alles wie mit einem guten Bekannten, individuell geführt, in der vertrauten Heimatsprache und kaum teurer als im vollgestopften Touristenbus.

Für eine 6-Stunden-Tour am Tage zahlen Sie nicht mehr als 60 Euro bzw. 180 Reais pro Person. „Rio by night“ (mit open end) kostet sogar nur die Hälfte (Eintritt extra).

Kontakt: Helmuth Taubald
Handy (00 55 21) 92 41 37 82
E-Mail: heltau@ig.com.br